

Bewerbung Landtag 2012, Wahlkreis 3 Braunschweig West

Neben Frauenpolitik und dem Thema Demokratie und Beteiligung steht vor allem das auf Landesebene wichtige Gebiet Bildung, Wissenschaft/ Hochschule und Kultur im Mittelpunkt meiner Interessen. Aus eigener – langjähriger – Anschauung kenne ich die Strukturen der Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen und gerade diese Erfahrungen bewegen mich dazu, auch vieles ändern zu wollen.

Persönliches: Andrea Stahl, geboren 1983, Abitur in München, Studium in Freiburg, Durham und München. An der Ludwig-Maximilians-Universität habe ich 2008 meinen Magister Artium in Geschichte und Literaturwissenschaft erhalten, danach mit der Dissertation begonnen, die sich mit dem Europa zwischen Französischer Revolution und der Revolution 1848, aus der Sicht zweier führender Politiker der Epoche, befasst.

In Braunschweig lebe ich jetzt seit 2010, nachdem ich an der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel eine Projektstelle angetreten habe. Dieses Jahr ist noch geplant, die Dissertation – mit ein wenig Selbstdisziplin – abzugeben, so dass das Promotionsverfahren Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen sein wird.

Politisches: Ich bin seit Sommer 2010 bei Grüns.

Davor war ich in diversen Hochschulgremien in Freiburg und München hochschulpolitisch auf Studentenseite tätig. Dazu gehörten die Fachschaften meiner beiden Universitäten, die studentische Vertretung in Berufungskommissionen bzw. auf Institutsebene im Fakultätsrat. Seit November 2011 hat es mich aus dem geschützten Raum der Hochschule in die „echte Politik“ im Rat der Stadt Braunschweig verschlagen, wo ich in den Ausschüssen für Kultur, Sport und Grünflächen und Aufsichtsrat von Stadthalle und Stadtmarketing vertreten bin, um grüne Akzente zu setzen.

Für den Niedersächsischen Landtag möchte ich diesen Weg konsequent weiter verfolgen, Bildungsgerechtigkeit für alle zu ermöglichen, Inklusion auch und vor allem im Bildungssektor voran zu bringen: gerade die Menschen müssen mitgenommen werden, die nicht von sich aus Zugang zu Bildung beanspruchen und auf breiter Basis sollte versucht werden, schon so früh wie möglich sozialer Ungleichbehandlung entgegenzuwirken. Ein erster Schritt könnte sein, das ohnehin beitragsfreie letzte Kindergarten-Jahr vor der Einschulung auch verpflichtend zu machen. In hochschulpolitischer Hinsicht bedeutet das für mich auch – im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit – die Frauenförderung in der Wissenschaft voranzubringen. Gerade in Berufungskommissionen hat mich die männliche Dominanz in den entscheidenden Gremien sehr gestört – daran offenbart sich das hochschulpolitische Problem, dass die Universitäten – Stichwort gläserne Decke – immer noch fest in männlicher Hand sind.

